

---

# Geschichte der CDU

## Günter Buchstab

CDU und CSU zählen zu den erfolgreichsten Parteien in Europa. Die Union hat die Bundesrepublik mehr als jede andere Partei geprägt. Seit 1949 – der Gründung der Bundesrepublik Deutschland – waren CDU und CSU bisher 36 Jahre die führenden Regierungsparteien und stellten die Kanzler Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Helmut Kohl sowie mit Heinrich Lübke, Karl Carstens, Richard von Weizsäcker, Roman Herzog und Horst Köhler fünf der bisher neun Bundespräsidenten. Eine vergleichbare Dominanz weist die Union in den Ländern, im Bundesrat und in den Kommunen auf. Die Gründung der beiden Schwesterparteien nach 1945 stellt eine entscheidende Innovation in der deutschen Parteigeschichte dar; sie bedeutet das Ende des christlich-konfessionellen Parteityps, der sich mit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelt hatte. In Abgrenzung zu den traditionellen Parteien entstand auch der Name „Union“. Sie ist nicht aus dem politischen Katholizismus, der Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei, mit denen es 1933 zu Ende war, hervorgegangen, wenn er auch eine ihrer Hauptwurzeln war, sondern unterschied sich von ihm in programmatischen Inhalten, in Organisation, in der Rekrutierung der Wähler und im Mitgliederstamm.

Entscheidend für die Neuorientierung war ihr Interkonfessionalismus, die bewußte politische Öffnung gegenüber den christlichen Konfessionen. Aus der NS-Zeit leiteten die Unionsgründer – den Berliner Gründungsaufwurf vom 26. Juni 1945 unterzeichneten zur Hälfte Männer und Frauen, die dem aktiven Widerstand zuzurechnen sind – die

Botschaft für eine Politik ab, die sich der Bindung an vorpolitische, christlich vermittelte Werte bewußt ist und die sich auf die Menschenwürde als erstem Grundsatz verpflichtet. Aus diesem Grund war die bei CDU und CSU stets scharfe Ablehnung des Kommunismus keineswegs nur ein Produkt des Kalten Krieges, sie war in diesem programmatischen Ausgangspunkt der Parteigründung verankert. Als die tragenden Gedanken, die sich bei der Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands miteinander vereinten, bezeichnete Konrad Adenauer, Vorsitzender der Partei von 1950 bis 1966, „eine große Volkspartei und eine Partei, die auf den ethischen Grundsätzen des Christentums beruhte“.

### *Philosophisch-anthropologische Grundlagen*

Zum tieferen Verständnis ihrer Grundlagen ist es unabdingbar, einen Blick auf die philosophisch-anthropologische Konzeption christlicher Lebensauffassung zu werfen. Dazu zählt der Personalismus, der jedem Menschen eine unverwechselbare Individualität und Würde zuerkennt und der aus der menschlichen Mitwirkung an der von Gott geschaffenen Welt die Aufforderung zu einer aktiven, Gesellschaft und Politik einbeziehenden Gestaltung des Lebens ableitet.

Der Mensch erscheint stets als aktives, immer besonderes oder achtbares, mit Gewissen, Verantwortung und Urteilskraft begabtes Subjekt, nicht nur als passives Objekt privater, politischer und sozialer Handlungen, Strukturen und Abläufe. Die Realität zeigt sich vielschichtig, von vielen besonderen Konstellationen beeinflusst und von moralischen Regeln bestimmt, die im Gewissen gründen. Politisches Handeln ist durch Höheres begründet und hat den einzelnen Menschen zu beachten, wenn es pragmatisch auf die einzelnen, umstandsbedingt sich ändernden Situa-

tionen reagiert. Das Erkennen von Zweck-Mittel-Relationen erfordert die Verbindung fundamentaler Normen mit pragmatischen Zielen.

Aus dem Bekenntnis zur Personenwürde ergeben sich grundlegende Orientierungen für die Bereiche der Politik und des Verfassungshandelns, die, im 19. Jahrhundert entwickelt, in die Programmatik der christlich-demokratischen Parteien des 20. und 21. Jahrhunderts eingingen: 1. Das Streben nach gesetzlich gesicherter Freiheit und Chancengleichheit, 2. ein sozial und regional, auf Groß- und Kleingruppen und auf das Verhältnis zwischen Staaten und Nationen anwendbarer Solidaritätsbegriff, breit gefächert gemäß dem Ansatz einer gegliederten statt auf den Klassengegensatz reduzierten Gesellschaftsauffassung, 3. die Bereitschaft zur Wahrnehmung, aber auch zur Teilung von Verantwortung, die Föderalismus und Subsidiarität anstelle autoritärer oder zentralistischer Bevormundung stellt, 4. die Offenheit gegenüber dem sozialen Wandel, der sich evolutionär, nicht revolutionär, vollziehen soll.

Das christliche Verständnis vom Menschen ist insofern Quelle für politischen Realitätssinn und immunisiert gegen Versuchungen von Staatsgläubigkeit, Ideologie, Kollektiv und dergleichen. „Die Christen glauben nicht an die Utopie eines irdischen Paradieses, das Staat oder Gesellschaft oder Politik produzieren können. Sie sind von der Endlichkeit, der Fehlbarkeit, der Sündhaftigkeit des Menschen überzeugt.“ (Thomas Nipperdey). Der Christ kann sich der Politik und der politischen Verantwortung nicht entziehen, aber sie reduzieren sich für ihn nicht auf die Organisation von Mehrheit und Macht oder auf das rein Berechenbare, wie Ökonomie oder Naturwissenschaften. Christlich-demokratische Politik orientiert sich am christlichen Menschenbild.

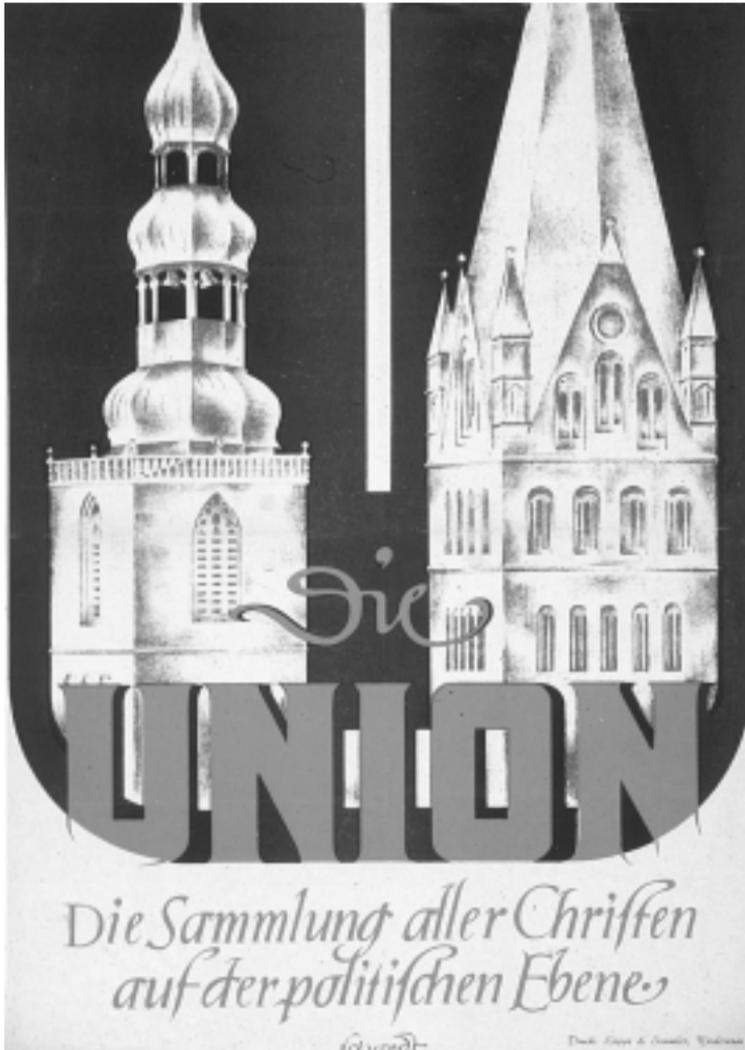
Für diese grundsätzliche Orientierung von Politik steht die Union. Die Union gilt heute als „Prototyp“ einer Volks-

partei. Der Durchbruch christlicher, interkonfessioneller, für alle sozialen Schichten offener, christlich-demokratischer Volksparteien erfolgte nach dem Zweiten Weltkrieg in ganz Europa, nicht nur in Deutschland. Die christlich-demokratischen Parteien wurden in Westeuropa von ihrem Erfolg „geradezu überrascht“ (Hans Maier) und gelangten schnell in die Regierungsverantwortung. In Mittel- und Osteuropa hingegen zwangen die Machtübernahme der kommunistischen Parteien und die Errichtung diktatorischer Einparteienherrschaften die christlichen Demokraten ins Exil, in den Untergrund oder wie in der DDR in die sogenannte Nationale Front als Hilfstruppen der Kommunisten.

### *Zur Gründung der Union*

In Deutschland bildeten sich wenige Wochen nach Kriegsende – als Reaktion auf das Scheitern der Weimarer Republik, aus dem Geist des Widerstands gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und als Reaktion auf den Zweiten Weltkrieg – zunächst auf lokaler und regionaler Ebene unabhängig voneinander christlich-demokratische Parteigruppierungen. Als ihr offizielles Gründungsdatum gilt der 17. Juni 1945. An diesem Tag wurde in Berlin und in Köln, in der Reichshauptstadt und in Westdeutschland am Rhein, in spontan zusammengekommenen Personenzirkeln der Entschluß gefaßt, eine neue Volkspartei auf christlicher Grundlage zu gründen.

Anders als bei SPD, KPD und – wenn auch nicht in gleichem Maße – bei den Liberalen, die nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Reiches 1945 unmittelbar an ihre überkommenen Traditionen anknüpfen konnten, lassen sich bei CDU und CSU keine direkten Verbindungslinien in die Vergangenheit ziehen. In bewußter Abkehr vom traditionellen deutschen Parteiensystem und



Kommunalwahl, Nordrhein-Westfalen 1946

seiner Zersplitterung, die als mitverantwortlich für das Scheitern der Weimarer Republik angesehen wurde, zog man die Konsequenz und rief zur Sammlung all jener Kräfte auf, die „nicht in den Programmen der KPD und SPD ihre politische Heimat finden“ (Berlin) und die bereit waren, „alte Bahnen und Denkweisen zu verlassen“ (Köln). Man war sich einig im Willen, Kapitalismus wie Marxismus und die nationalistische Weltanschauung, auf die die Katastrophe des Nationalsozialismus und des Weltkriegs zurückgeführt wurde, sowie totalitäre und kollektivistische Tendenzen zu bekämpfen. Der zu schaffende neue Staat sollte den Gesetzen von Recht und Sittlichkeit unterworfen sein, die Grundsätze der christlichen Ethik sollten erneuert, und die Würde der einzelnen Person und die Freiheit des Einzelnen sollten gegen übertriebene Machtbefugnisse des Staates wiederhergestellt werden.

Diese Zielsetzung für die neuartige schichtenübergreifende Volkspartei besagte nicht, daß die neue politische Bewegung für sich beanspruchte, die Deutungshoheit über christliche Traditionen zu besitzen und als einzige Partei zu christlicher Politik fähig zu sein oder zu behaupten, daß sich nur bei ihr die Christen politisch zusammenfinden könnten. CDU und CSU wie ihre Gründer haben nie bestritten, daß es auch außerhalb ihrer Organisation noch andere Möglichkeiten zur individuellen Vertretung christlicher Grundsätze und Interessen in der Politik geben könne. Allein die Union aber bekannte sich auch im politischen Leben als Weltanschauungspartei *expressis verbis* zum christlichen Menschenbild und zu den moralischen und rechtlichen Grundsätzen, die vom Naturrecht, von der christlichen Ethik und von der „abendländischen Kultur“ her bestimmt werden. Insofern versteht sich die Partei in der Bewahrung dieser Werte als „konservativ“, in der Gesinnung gegenwartsbezogener Freiheitserfahrung und zukunftsgerichteten Freiheitsstrebens als „liberal“, und in ihrem Bemühen um Gerechtigkeit im Sozialen und Wirt-

schaftlichen als „sozial“. Sie wollte weder eine katholische noch eine protestantische Partei sein, sondern die Gemeinsamkeiten beider Konfessionen in sich vereinen. Auch für Nicht-Christen ist sie offen. Dabei entwickelte sich ihr Ideenfundus programmatisch vielfältig differenziert, denn die einzelnen regionalen Parteigründungen hatten jeweils andere konfessionelle, soziologische, ökonomische, verfassungs- und parteigeschichtliche Traditionen zu verarbeiten.

Das Gemeinsame war jedoch ihr Anspruch – programmatisch wie organisatorisch –, sich als Partei an das ganze Volk zu wenden und das ganze Volk zu vertreten. Die Integrationskraft der neuen Partei hatte keine klassen- und konfessionsbestimmte Grundlage mehr, sondern war auf Wähler aus allen Gesellschaftsschichten gerichtet. Mit dieser Volksparteikonzeption gelang es zum ersten Mal in der deutschen Parteiengeschichte, unterschiedliche politische Strömungen des bürgerlichen Lagers – politischer Katholizismus, protestantischer Konservatismus und auch Teile des liberalen Bürgertums – politisch zusammenzufassen. Im Begriff „Union“ fand das Bestreben Ausdruck, diese verschiedenen Ziele, sozialen Interessen, konfessionellen und landsmannschaftlichen Prägungen zu einer großen politischen Kraft der Mitte zu integrieren.

Drei Gründertypen lassen sich unterscheiden: einstige Funktions- und Mandatsträger der Zentrumspartei, ehemalige Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften sowie christlich-soziale, liberale und konservative Gruppen aus dem protestantischen Lager; alle nichtsozialistischen Parteien der Weimarer (ersten deutschen) Republik waren in der „Union“ vertreten. Zwei Entwicklungslinien flossen so in der Gründung der CDU zusammen: eine Sammlungsbewegung „rechts von den Sozialdemokraten“ und eine Ausweitung christlicher Parteibildung über den konfessionellen Bereich hinaus.

Die Entstehung von CDU und CSU bedeutet einen tiefen Einschnitt in der deutschen Parteiengeschichte. Inner-

halb kurzer Zeit gelang es der Union mit ihrem politischen Gestaltungswillen, die divergierenden, politischen und gesellschaftlichen Strömungen zusammenzuführen und in die politische Mitte zwischen Rechtskonservatismus auf der einen und Sozialdemokratie und Kommunismus auf der anderen Seite zu integrieren. Dies vermochte sie weniger durch eine ins einzelne gehende Programmatik – die Union war Programm, bevor sie sich ein Programm gab – als vielmehr durch ihre zentralen Leit- und Wertvorstellungen:

Dazu zählte die Verdammung totalitärer Ideologien, des Nationalsozialismus wie des Kommunismus, und die Abkehr von Nationalismus und Zentralismus. Dazu zählte das christliche Menschenbild mit seiner Auffassung von der Würde und den unveräußerlichen Rechten des Individuums. Dazu zählte in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht zunächst die Leitvorstellung eines Mittelweges zwischen liberalem Individualismus und „christlichem Sozialismus“, der markt- und planwirtschaftliche Elemente in sich vereinte. 1948 wurde daraus die „Soziale Marktwirtschaft“, das Ordnungssystem, das klassischen Liberalismus und soziale Verpflichtung, d. h. die Freiheit auf dem Markt mit sozialem Ausgleich, miteinander zu verbinden trachtet. Nicht zuletzt gehörten das Festhalten an der Einheit Deutschlands und die Integration Europas zu den politischen Grundvorstellungen der Unionsparteien.

Bei ihrem ersten überzonalen „Reichstreffen“ in Bad Godesberg (heute Bonn) vom 14. bis 16. Dezember 1945, das von Andreas Hermes, der den Berliner Gründungsaufruf federführend unterzeichnet hatte, initiiert worden war, einigten sich die Teilnehmer auf die Parteibezeichnung „Christlich-Demokratische Union“, die die bisher unterschiedlichen Parteinamen (Christlich-Demokratische Partei, Demokratische Union, Christlich-Soziale Volkspartei usw.) in der Folgezeit ersetzte. Im Frühjahr 1946 schlossen sich die acht Landesverbände der CDU der britischen Zone

zum Zonenverband zusammen, in dem Konrad Adenauer die Führung übernahm.

Auf ihrem ersten Bundesparteitag im Oktober 1950, der die bis dahin weitestgehend autonomen Landesparteien zusammenführte, definierte die CDU ihren politischen „Auftrag“ als kulturell, europäisch und sozial. Sie bekannte sich zur Überwindung der deutschen Teilung, zur Beseitigung sozialer Notstände und zu Europa als Idee und als politisch-wirtschaftlicher Kraft.

### *Phasen der Parteientwicklung*

In der 60jährigen Parteigeschichte der CDU lassen sich folgende Phasen unterscheiden:

Erstens die Phase des Richtungsangleichs, die von der Gründung bis zum Anfang der 1950er Jahre dauerte, als auch im evangelischen Lager die Zustimmung zur Politik Adenauers wuchs. Es hatte unterschiedliche Standpunkte zur Wiederbewaffnung gegeben. Innenminister Gustav Heinemann, CDU-Mitgründer in Essen, verließ aus Protest das Kabinett und trat aus der Partei aus.

Die zweite Phase dauerte bis zum Ende der Adenauer-Ära, in der die „Union“ noch eine Wählerpartei blieb, auf einer noch intakten landsmannschaftlich-regionalen und sozial-kulturellen Milieugrundlage.

Die dritte Phase fällt mit den ersten innerparteilichen Reformen zusammen, die eine Anpassung an die veränderten Bedingungen der wirtschaftlich erfolgreichen Bundesrepublik und des gesellschaftlichen Wandels ermöglichen sollten; diese Phase dauerte bis Anfang der 70er Jahre, als die CDU/CSU aus der Regierung verdrängt wurde.

In der vierten Phase, in den 70er Jahren, kam es zur sogenannten „nachgeholten Parteibildung“, das heißt, die CDU vollzog damals eine Wendung von der Honoratioren- und Wählerpartei zur Mitgliederpartei mit bürokratischem Ap-



1. Bundesparteitag 1950 in Goslar, der Parteivorsitzende Konrad Adenauer und seine Stellvertreter, (li.) Friedrich Holzapfel und (re.) Jakob Kaiser (ACDP)

parat, mit pluralistischer Struktur und entschieden programmatischer Entwicklung (Ludwigshafener Programm 1978). Die „moderne“ Volkspartei CDU entstand.

Eine fünfte Phase begann 1982. Seit der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler stellte die CDU wieder zusammen mit der CSU und der FDP die Bundesregierung. In diese Zeit fiel mit der friedlichen Revolution in der DDR und der Wiedererlangung der deutschen Einheit auch die Zusammenführung der bundesrepublikanischen und der DDR-CDU unter Bezug auf die gemeinsamen Wurzeln der Gründungsphase.

Eine sechste Phase folgte auf die deprimierende Wahlniederlage von 1998 und vor allem auf die Parteispendenaffäre, die bisher größte Krise der CDU, von der sie sich inzwischen aber erholt und für eine Regierungsübernahme im Bund neu positioniert hat.

### *„Geborene Regierungspartei“*

Von der Staatsgründung 1949 an übernahmen die Unionsparteien Regierungsverantwortung. In den wichtigen zwanzig Jahren des Wiederaufbaus und der politischen Weichenstellung stellten sie den Regierungschef. Struktur und Selbstverständnis der CDU/CSU wurden durch diese Funktion als Regierungspartei geprägt. In der Bundestagswahl 1957 errang die CDU/CSU mit Adenauer als Spitzenkandidat die absolute Mehrheit der Stimmen (50,2 %) – ein wohl einmaliger Erfolg. Auch als die CDU/CSU in die Opposition gehen mußte, während der sozial-liberalen Koalitionsregierung zwischen 1969 und 1982, blieb sie die stärkste politische Kraft, ausgenommen nach der Bundestagswahl 1972, in der die SPD die Unionsparteien um knapp ein Prozent der Stimmen überrundete. Die Wahlergebnisse von CDU/CSU zwischen 1953 und 1987 bewegten sich zwischen 45 und 50 Prozent der Stimmen, so daß die CDU/CSU

fast stets in der Lage gewesen ist, zumindest eine strategische Schlüsselposition zu erlangen. Diese Vormachtstellung der „Union“ als Staatsgründungspartei und potentielle Hauptregierungspartei ist auch durch die deutsche Wiedervereinigung, die eine CDU/CSU-geführte Regierung verwirklichte, bis 1998 nicht beeinträchtigt worden.

Zur dominierenden Führungspersönlichkeit war in der Gründungsphase der CDU Konrad Adenauer in einer Art „Blitzkarriere“ (Rudolf Morsey) aufgestiegen. Er kumulierte in kurzer Zeit sämtliche Führungsämter der CDU im bevölkerungsreichsten Land Nordrhein-Westfalen sowie in der britischen Besatzungszone. Er leitete auch die 1947 gegründete überzonale Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU und gewann als Organisator und massenwirksamer Redner entscheidenden Einfluß beim Aufstieg seiner Partei. Mit seiner Wahl zum Präsidenten des Parlamentarischen Rats, der verfassunggebenden Versammlung, rückte er 1948 in eine überregionale Schlüsselrolle. Und als erster Bundeskanzler 1949 und schließlich Vorsitzender der bundesdeutschen CDU 1950–1966 vermochte er seiner Konzeption von der Rolle Westdeutschlands im Rahmen der freien Welt Resonanz und seinem Führungsanspruch in der Bundesrepublik Geltung zu verschaffen.

Die ersten CDU-geführten Regierungen legten den Grund für den erfolgreichen Aufbau der neuen Demokratie. Epochale Weichenstellungen sind auf immer mit der „Ära Adenauer“ verbunden: in der Außenpolitik die Beendigung des Besatzungsregimes und die Erringung der staatlichen Souveränität, die enge Bindung an die westlichen Demokratien (die sogenannte Westorientierung), die Aussöhnung mit Frankreich (Vertrag von 1963) und die europäische Einigung sowie das Offenhalten der deutschen Frage und nicht zuletzt die Aussöhnung mit Israel; in der Innenpolitik die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie der Ausbau der Sozialen Marktwirtschaft als neuartiger Wirtschaftsordnung, in der „das Prin-

zip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs“ (Alfred Müller-Armack) miteinander verknüpft ist. Durch die Sicherung des inneren sozialen Friedens war das „deutsche Wirtschaftswunder“ möglich. Die Gesetzgebung zur Mitbestimmung in der Montanindustrie und zur Vermögensbildung für Arbeitnehmer, der Lastenausgleich für die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, der soziale Wohnungsbau, das Kindergeld, der Grüne Plan für die Landwirtschaft und die soziale Sicherung der Landbevölkerung sowie die Dynamisierung der Sozialrente und die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand wurden zu Ankerpunkten des sozialen Netzes der Bundesrepublik Deutschland. Zum ersten Mal wurde in Deutschland kontinuierlich und konsequent Sozialpolitik als Struktur- und Gesellschaftspolitik betrieben. Die CDU hatte großen Anteil daran, daß im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland die Sozialstaatlichkeit als Verfassungsprinzip den gleichen Rang einnimmt wie Demokratie, Föderalismus und Rechtsstaatlichkeit.

Der richtungsweisende Beitrag des Staatsmannes Adenauer zum Aufbau einer stabilen, freiheitlichen und erfolgreichen Demokratie ist unbestreitbar. Die Verankerung der parlamentarischen Demokratie ist vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte die bedeutendste Modernisierungsleistung und geeignet, die Behauptung vom angeblich „restaurativen“ Charakter der Ära Adenauer zu widerlegen.

Adenauer wußte sehr gut, daß Demokratie ohne Institutionen und Verfahrensordnungen nicht existieren und funktionieren kann. Parlamentarisches Regierungssystem mit stabiler Führung zu verbinden, das war eine Lehre aus dem Scheitern der ersten Republik. Adenauer verwirklichte das mit einer Autorität, die nicht zuletzt auch auf sein Lebensalter – als er 1949 Kanzler wurde, war er bereits 73 Jahre alt – und auf persönliche Ausstrahlung und natürliche Würde gegründet war. In heftigen Auseinandersetzungen mit Parteigenossen, die eine große Koalition mit

der SPD befürworteten, setzte er seine Entscheidung für eine bürgerliche Koalition durch.

Die Regierungsübernahme 1949 in einer Koalition von CDU, CSU und DP sowie FDP bedeutete für die Parteiformation „Union“ nicht nur eine wesentliche Stabilisierung, sondern auch einen erheblichen Zuwachs an Attraktivität. Konfrontative Auseinandersetzung mit der großen Oppositionspartei SPD war für Adenauer nicht nur ein Mittel zur dauerhaften Stabilisierung der parlamentarischen Demokratie, sondern auch seiner eigenen Mehrheit, wobei er die Notwendigkeit einer großen, starken Opposition staatspolitisch begründete: „Ich bin der Auffassung, daß die Opposition eine Staatsnotwendigkeit ist, daß sie eine staatspolitische Aufgabe zu erfüllen hat, daß nur dadurch, daß Regierungsmehrheit und Opposition einander gegenüberstehen, ein wirklicher Fortschritt und eine Gewöhnung an demokratisches Denken zu erzielen ist“, sagte er in der 5. Sitzung des ersten Bundestages am 20. September 1949. Allerdings setzte er nicht grundsätzlich auf Konfrontation mit der Opposition; wenn es ihm wichtig war, versuchte er auch mit der SPD und dem DGB seine Position gegen Widerstände in den eigenen Reihen und bei den Koalitionspartnern FDP und DP durchzusetzen – etwa bei der Montanmitbestimmung von 1951 und bei der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens über die Wiedergutmachungsleistungen an Israel 1952/53. Dies waren aber Ausnahmen. Denn wechselnde Mehrheiten sind im parlamentarischen Regierungssystem für den Bestand jeder Regierung eine tödliche Bedrohung, weshalb sich jede Opposition dazu ebenso gerne anbietet, wie jede Regierung sie verweigern muß.

Bei seinen Überlegungen Mitte der 1950er Jahre, mit Veränderungen des Verhältniswahlrechts Mehrheiten zu stabilisieren, stieß Adenauer an Grenzen; er erkannte, daß Geschlossenheit des eigenen Lagers, die er mit derartigen Überlegungen aufs Spiel setzte, die notwendige Vorausset-

zung für die Durchsetzbarkeit eigener Politikvorstellungen ist. Angesichts der Auseinandersetzungen mit der FDP, die sich in ihrer Existenz bedroht sah, mußte er nachgeben. Bereits in der 1. Legislaturperiode bildeten sich also die Mehrheitsstrukturen der Nachkriegszeit heraus, die nicht zuletzt durch das Verhältniswahlrecht geprägt wurden; allerdings wurden Mehrheitsbildungen auch insbesondere durch sukzessive Verschärfung der Fünf-Prozent-Klausel erleichtert.

Die dauerhafte Mehrheitsbildung und die dadurch gewährleistete Stabilität der Regierungen Adenauers beruhen in erster Linie auf der Kooperation von CDU und CSU. Seit dem ersten Deutschen Bundestag bilden CDU und die bayerische CSU in Fortsetzung ihrer im Frankfurter Wirtschaftsrat der Bizone und im Parlamentarischen Rat erprobten Zusammenarbeit eine gemeinsame Fraktion, die CDU/CSU. Die CSU wurde zum wichtigsten Koalitionspartner der CDU. Damit war auch die grundsätzliche Ausrichtung in der Konstellation der Weimarer Republik mit Zentrum und Bayerischer Volkspartei überwunden, die politisch sehr verschiedene Wege gegangen waren.

Das Verhältnis von CDU und CSU ist das von „Schwesterparteien“ auf gemeinsamem weltanschaulichem Boden und mit gemeinsamen Zielen in der Politik. In den Bundestagswahlkämpfen treten sie als enge Zweck- und Arbeitsgemeinschaft für die Gesamt-Unionsinteressen auf, aber beide Parteien stehen bei aller inneren Verbundenheit nicht selten in Sach-, Strategie- oder Personalfragen der Bundesrepublik in gewisser Konkurrenz, in „konkurrierender Kooperation“ (Heinrich Oberreuter), zueinander, so daß es wiederholt zu Verstimmungen und Zusammenstößen zwischen ihnen kommt. Obwohl die CSU eine rein bayerische Partei ist, tritt sie doch mit bundesweitem Anspruch auf, den sie durch ihre Präsenz im Bundestag und ihrem indirekten Gewicht sowie durch eine Reihe führender Bundesminister stets zur Geltung zu bringen weiß. Die schärf-

ste Zerreißprobe war 1976 zu bestehen, als der Parteivorsitzende der CSU, Franz Josef Strauß, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU aufkündigte. Nur mit Mühe gelang es Helmut Kohl, diesen Trennungsbeschuß zu revidieren und eine tragfähige Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit zu schaffen. Bis heute hat sich so diese Zweiparteienstruktur der deutschen Christlichen Demokratie erhalten und als „Union“ politisch bewährt.

Die Entwicklung der CDU bis 1969 ist geprägt von der Rolle als dominierende Kanzlerpartei – mit Konrad Adenauer (1949–1963), Ludwig Erhard (1963–1966) und mit Kurt Georg Kiesinger in einer Koalition mit der SPD (1966–1969). Sie entwickelte eine kaum für möglich gehaltene Sogwirkung, die das Parteiensystem wesentlich beeinflußt und stabilisiert hat. Bei keiner Wahl seit 1953 erreichten CDU und CSU weniger als 45 % der Stimmen. Bis 1961 hatten sie auch einen Großteil der nach 1945 entstandenen Klein-, Regional- oder Interessenparteien (wie Deutsche Zentrumspartei, DP oder BHE) ohne Reibungsverluste oder Identitätseinbußen aufgesogen und integriert.

Unzweifelhaft war die Neustrukturierung des deutschen Parteiensystems durch diese parteipolitische Sammlungsbewegung, die nahezu das gesamte nichtsozialistische Lager ansprach und die konfessionellen Grenzen überbrückte, „eine der wichtigsten und dauerhaftesten Leistungen“ der Ära Adenauer (H.-P. Schwarz). Die von ihm und der Union durchgesetzten Entscheidungen, die wirtschaftliche Erholung und die politische Stabilisierung, die sozialpolitischen Weichenstellungen, die wachsende europäische und atlantische Zusammenarbeit und die Einbindung in die westliche Staatengemeinschaft hatten wesentliche Auswirkungen auf die demokratische Linke, deren gesellschafts- und außenpolitische Opposition erfolglos blieb, bis sie nach erbitterten Auseinandersetzungen um die Wirtschafts-, Ost-West- und Bündnispolitik die vollzogenen Tatsachen anerkennen mußte und nach schweren

Wahlniederlagen auf die Linie der Union einschwenkte. Die SPD näherte sich mit ihrem Godesberger Programm von 1959 den wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der Union an und befürwortete durch ihren stellvertretenden Vorsitzenden Herbert Wehner 1960 auch eine gemeinsame Außenpolitik auf der Grundlage der bestehenden Vertrags- und Bündnisverpflichtungen.

Die erfolgreiche Entwicklung der Union wirkte mit der „Kanzlerdemokratie“ Adenauers als eine auf den Bundeskanzler und seine Persönlichkeit zentrierte Regierungspraxis auf fast ideale Weise zusammen. Die CDU hat ihre erfolgreiche Karriere als Wählerpartei begonnen (scherzhaft wurde sie als „Kanzlerwahlverein“ bezeichnet), weil die Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers für den Erfolg der CDU eine maßgebliche Rolle spielte. Die eindeutigen Stimmengewinne der „Union“ in den Bundestagswahlen 1953 und 1957 resultierten aus dem Kanzlereffekt. Ein beträchtlicher Teil der Wähler votierte für Adenauer, ohne sich direkt mit der CDU als Partei zu identifizieren. Diese heimliche „Kanzlerpartei“ trug entscheidend dazu bei, daß sich die CDU als Mehrheitspartei, als „geborene Regierungspartei“ der Bundesrepublik etablieren konnte.

Das Wählerpotential der CDU stellten in den ersten Jahren mittlere und höhere Angestellte, Beamte, Selbständige und Landwirte sowie gewerkschaftlich nicht organisierte Facharbeiter. Die „Hochburgen“ lagen vorwiegend im ländlich-katholischen Raum. Der gesellschaftlich-industrielle Wandel, gekennzeichnet durch den Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft, durch Erosion der traditionellen Milieus, durch Individualisierung und Entstrukturierung von Werthaltungen und Lebensstilen sowie durch den Bedeutungsverlust des religiös-kirchlichen Faktors haben die Wählerschaft der Bundesrepublik entscheidend verändert. In den 50er Jahren waren die Selbständigen und die Landwirte im besonderen in der Unions-Anhängerschaft überdurchschnittlich vertreten gewesen. Als der bürgerli-

che Mittelstand schrumpfte und sich an seiner Stelle der „neue Mittelstand“ aus den städtischen Gruppen der gehobenen unselbständig Beschäftigten zur wahlentscheidenden Schicht entwickelte, bekamen die Unionsparteien Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre Schwierigkeiten.

Der gesellschaftliche und politische Wandel deckte gravierende Versäumnisse und Strukturschwächen der Parteibildung auf, die sich verschärften, nachdem sich die SPD nach ihrer Reformwende 1959 ebenfalls zur Volkspartei gewandelt hatte und die patriarchalische Autorität des Gründungskanzlers 1963 wegfiel. Die Attraktivität und Überlegenheit seiner Politik hat lange Zeit die Defizite der inneren Parteientwicklung der Union bei Organisation, Mitgliedschaft und innerparteilicher Willensbildung überdeckt: Mit der Gewöhnung an die „Kanzlerdemokratie“ waren Partei, aber auch Fraktion in den Hintergrund getreten.

#### *Von der Honoratioren- zur Massenpartei*

Die Volkspartei Union entsprach organisatorisch bis in die 60er Jahre weitgehend dem Typ einer Honoratiorenpartei mit ausgeprägt föderalem Charakter. Volksparteien sind aber auf intensiven Austausch mit den an ihnen interessierten Gruppen der Gesellschaft angewiesen. Schon in der dritten Legislaturperiode, also ab 1961, zeigte sich deshalb die Notwendigkeit, sich politisch und programmatisch auf die Bedürfnis- und Meinungsvielfalt der entstehenden pluralistischen Demokratie einzustellen. Waren die 50er Jahre von der Wiederaufbauphase und der Abwehr der kommunistischen Bedrohung im Kalten Krieg geprägt und nicht nur in materieller Hinsicht unerwartet positiv, so brachten die 60er Jahre Herausforderungen von teilweise ganz anderer Art. Der Glaube an die Revolution und den Fortschritt wurde zum bestimmenden Faktor des politischen Kampfes. Auch verflüchtigte sich Ende der 50er Jahre der Impuls des

Christlichen, der die Gründungsphase der Union wesentlich mitgeprägt hatte. Der tiefgreifende Wandel durch einen alle Bevölkerungsschichten erfassenden Säkularisierungsschub läßt sich keineswegs nur aus der Auflösung bisheriger konfessioneller Milieus erklären. Die kirchlichen Bindungen lockerten sich auch bei den Katholiken; die Weitergabe traditioneller Kulturwerte an die junge Generation wurde als restaurativ verschrien. Die Auseinandersetzungen Anfang der 60er Jahre unter den Katholiken im Kontext des II. Vatikanums, die in der interkonfessionellen Partei ein Übergewicht hatten, erschütterten die CDU jedoch nicht. Adenauer, obwohl praktizierender Katholik, hat stets die Trennung von Politik und Religion betont. Die CDU war eben keine Gesinnungs-, sondern eine christliche, soziale, konservative und liberale Volkspartei.

CDU und CSU nahmen die neuen Herausforderungen an und entwickelten sich zu modernen Parteien – mit zentraler Organisation, intensiver Mitgliedererfassung, entwickelter Bürokratie und offener Willensbildungsstruktur. Die CDU begann ihren Reformkurs nach der Bundespräsidentenwahlkrise von 1959, als Adenauer einen starken Verlust an Popularität erlitt. Die CSU hatte sich bereits 1957 auf den Weg der Modernisierung begeben; sie entwickelte sich zur bayerischen „Staats- und Ordnungspartei“ (Alfred Mintzel) und machte Bayern zum Land der CSU. Die CDU brauchte indes fast eineinhalb Jahrzehnte, um sich strukturell als moderne Volkspartei zu organisieren und den Umbruch der Partei zu einem eigenständigen Willens- und Entscheidungsorgan zuwege zu bringen.

In den 70er Jahren entwickelte sie sich zur Mitgliederpartei. Die Bildung einer Koalition aus SPD und FDP 1969 und insbesondere der Ausgang der Wahl von 1972 bewirkten einen starken Mobilisierungsschub in der CDU-Anhängerschaft. Ein sprunghafter Mitgliederzuwachs verdoppelte innerhalb von zehn Jahren die Basis der Partei. 1983 erreichte sie den Höchststand mit 735.000 Mitgliedern.

In organisatorischer Hinsicht bildete die CDU, als sie 1949 die Regierungsverantwortung in der Bundesrepublik übernahm, noch keinen geschlossenen Parteikörper mit zentraler Führung und einheitlichem Statut. Erst als Regierungspartei gab sie sich eine Bundesorganisation (Goslar 1950). Diese Organisation entsprach dem föderalistischen Charakter der Partei und beließ den regionalen Parteiverbänden eine weitgehende Autonomie. In den einzelnen Landes- und Bezirksverbänden mit ihren Kreisverbänden repräsentierten anfangs nahezu geschlossene Kreise lokaler Honoratioren mit starker Verankerung in gesellschaftlichen Vorfeldorganisationen die Partei. Das vorparteiliche Feld der „Union“ war durch eine ausgeprägte Bindung an industrielle, mittelständische und agrarische Interessen sowie eine feste Verankerung im christlichen Milieu charakterisiert. Die Führungsgremien der CDU auf Bundesebene bildeten zunächst nur ein Dach, unter dem die konfessionellen, gruppen-spezifischen und regionalen Interessen ausbalanciert werden konnten. Die sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen machten eine Anpassung, eine Abkehr von der Honoratiorenstruktur und von der föderalistisch-dezentralen Organisation unabweislich.

Die Führungsgremien der Partei wurden reformiert. 1966 beschloß der Parteitag in Bonn eine neue Führungsspitze: Neben dem Vorsitzenden und einem 1. Stellvertreter bildeten zwei weitere, einander gleichberechtigte Vorsitzende sowie sechs weitere Mitglieder und ein Geschäftsführendes Präsidialmitglied das Präsidium (erstmal Bruno Heck). 1967 wurde das Amt eines hauptamtlichen Generalsekretärs geschaffen, dem die eigentliche Steuerungsfunktion für die politische und organisatorische Integration der Partei zufiel. Auch wurde erstmals ein umfassendes Programm erarbeitet, das „Berliner Programm“ von 1968, das eine doppelte Funktion besaß: Es diente als Wahlkampfplattform für die Wahlentscheidung 1969 und als Orientierung für die Zukunft. Damit wurde die „Herr-



Vier Parteivorsitzende (v. li.) Ludwig Erhard, Helmut Kohl,  
Rainer Barzel, Kurt Georg Kiesinger, 1977 (Sven Simon)

schaft der Honoratioren“ beendet und die Wendung zur Programmatik geschaffen.

Die CDU konnte dadurch ihre große integrierende Kraft in einer sich verändernden Gesellschaft bewahren, zumal ihre programmatischen Schwerpunkte, die Partnerschaft mit den USA, die Freundschaft mit Frankreich, die Vision eines geeinten Europa, das Ziel der Wiedervereinigung, die Vertretung der politischen Mitte, die Soziale Marktwirtschaft und die Besinnung auf das christliche Fundament unverrückbar weitergalten. Nicht ohne Grund hat der Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis, keineswegs ein uneingeschränkter Anhänger der Union, sie im Blick auf ihre Leistungen als die „beste Erfindung der deutschen Parteiengeschichte“ bezeichnet.

### *In der Opposition*

Die Oppositionszeit von 1969 bis 1982 ist als die „zweite Gründungsphase“ der Union bezeichnet worden, in der sie sich auf die neuen Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft einstellte. CDU und CSU entwickelten sich in diesen Jahren zu pluralistischen Volksparteien, in denen sich wie in der Gesamtgesellschaft die konfessionellen, interessen gebundenen und landsmannschaftlichen Unterschiede immer mehr auflösten. Als „Regierungsformation von morgen“ konnte sich die Union mit Aussicht auf Erfolg nur präsentieren, wenn sie die Oppositionsrolle auch als Chance zur personellen, organisatorischen und sachlichen Erneuerung wahrnahm.

Die ersten Jahre der Oppositionszeit unter dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel waren allerdings völlig von den Auseinandersetzungen um die Deutschland- und Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung dominiert. Dahinter traten neue Akzente in der Gesellschaftspolitik (Vermögensbildung, Mitbestimmung, Bildungsreform, Innere

Sicherheit) zunächst zurück. Erst nach der schweren Wahl-niederlage von 1972 begann die eigentliche Oppositionspha-se, wobei miserable Wirtschaftsdaten der sozial-liberalen Regierung (Inflationsrate um 5 %, wachsende Arbeitslosig-keit – 1974/5 5,9 %, sinkendes Bruttosozialprodukt – 1975 minus 3,6 %) und die mit Erfolg angenommene Rolle des Anwalts für eine freie, gerechte und solidarische Gesell-schaftsordnung, für wirtschaftliche Stabilität und rechts-staatliche Sicherheit zu erheblichem Zuspruch verhalfen. Die Mitgliederzahl der CDU verdoppelte sich bis 1981 auf über 700.000, die der CSU stieg auf über 175.000; bei den Landtagswahlen und der Bundestagswahl 1976 (mit 48,6 %) wurden Rekordergebnisse erreicht.

Auch die Vereinigungen und Sonderorganisationen nah-men an diesem politischen und organisatorischen Integra-tionsprozeß teil. Das Subsystem der „Vereinigungen“ ist eine historische Besonderheit der „Union“ und eines ihrer wichtigsten Strukturelemente. Die Vereinigungen reprä-sentieren – auf allen Ebenen der Parteiorganisation – ein breites, heterogenes Spektrum von Interessen und Ziel-gruppen (Arbeitnehmer, Mittelstand, Kommunen, Vertrie-bene und Flüchtlinge, Wirtschaft, evangelische Mitglieder, Frauen, Senioren, junge Generation, Schüler, Studenten). Die Vereinigungen erfüllen die Doppelfunktion, die gesell-schaftliche Vielfalt in der Partei zu vertreten und nach au-ßen in die jeweils vertretenen Gesellschaftsgruppen hin-einzuwirken.

Die Modernisierung der CDU in den 1970er Jahren unter ihrem Vorsitzenden Helmut Kohl (seit 1973) und den Ge-neralsekretären Kurt Biedenkopf (1973–1977) und Heiner Geißler (1977–1989) verband einen starken Ausbau des zentralen Parteiapparats mit einer Aktivierung der Partei-arbeit auf örtlicher Ebene. Die Parteizentrale wurde zum wesentlichen Innovations- und Entscheidungszentrum auch gegenüber der Fraktion im Bundestag. Der Funktio-närskörper erfuhr eine Vergrößerung und Professionalisie-

rung. 1978 demonstrierte die CDU mit der Verabschiedung eines Grundsatzprogramms, des „Ludwigshafener Programms“, daß sie als moderne Volkspartei auch definitiv zur Programmpartei geworden war. Für ihre Konzepte waren Gestaltungsprinzipien wie Wettbewerb, Leistungsbezogenheit, Eigenverantwortung und soziale Ausgewogenheit maßgeblich. Trotz aller Wahlerfolge und positiven Entwicklungen trat innerparteilich keine Ruhe ein. Streitigkeiten gab es zwischen CDU und CSU und ihren rivalisierenden Vorsitzenden Kohl und Franz Josef Strauß über die Einschätzung der KSZE und der Schlußakte von Helsinki (1975) sowie in der Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik; in der Innenpolitik gab es Konflikte um die Finanzierungsprobleme der Sozialversicherungen, die steuerliche Belastung, die wachsende Umweltproblematik, die 1986 zur Neugründung eines Fachministeriums führte, und die Herausforderungen an die Innere Sicherheit.

In der öffentlichen Wahrnehmung blieb das Erscheinungsbild deshalb uneinheitlich, zumal die Oppositionsrolle im Bundestag mit der Unionsmehrheit im Bundesrat verbunden war, was zu dem Kompromiß zwang, gesellschafts- und finanzpolitische Entscheidungen der Regierungsparteien mitzutragen. Die Wahlniederlage des Kanzlerkandidaten Strauß bei den Bundestagswahlen 1980 stärkte die Position Kohls in seiner Doppelfunktion als Vorsitzender der CDU und der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Als die SPD/FDP-Regierung 1982 an der Aufgabe zerbrach, die Staatsfinanzen zu sanieren und den NATO-Doppelbeschluß zur Nachrüstung durchzusetzen, war Kohls Stunde gekommen. Nach einem erfolgreichen konstruktiven Mißtrauensvotum auf Bundesebene kam es zur Regierungsübernahme der christlich-liberalen Koalition.

*Erneute Regierungsverantwortung*

Das Jahr 1982 bildete einen wesentlichen Einschnitt in der Parteigeschichte, aber auch im Parteiensystem, denn erstmals seit 1957 zog 1983 mit den Grünen eine vierte Partei in den Deutschen Bundestag ein, was die Koalitionsoptionen auf lange Sicht veränderte. Nach 13 Jahren Opposition war die Union – konsolidiert in modernen Volksparteien, einer die Millionengrenze streifenden Mitgliederschaft – breit in der Gesellschaft verankert und wieder regierungsfähig. Sie erreichte bei der vorgezogenen Bundestagswahl von 1983 mit 48,8 Prozent fast die absolute Mehrheit, das zweitbeste Ergebnis nach 1957. Bis 1998 bildeten die Schwesterparteien die stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag. Gegen heftige Widerstände – auch in der Bevölkerung – setzte die Regierung Kohl im November 1983 den NATO-Doppelbeschluß durch, der auf eine Initiative des abgelösten Bundeskanzlers Helmut Schmidt zurückging. Mit der Durchsetzung wurde der Stellenwert deutlich, den die neue Regierung der Außenpolitik und insbesondere der Festigung der Westbindung als zentralem Politikfeld einräumte. Dieser deutliche Akzent galt – in Anknüpfung an die von Adenauer begründete Tradition – auch der Europapolitik und den deutsch-französischen Beziehungen. Die sogenannte Eurosclerose konnte überwunden und der Kontakt zwischen Kohl und dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand schnell vertieft werden. Im engen Zusammenwirken der beiden Staatsmänner gelangen wesentliche Fortschritte in der europäischen Integration.

Auch die innerdeutschen Beziehungen wurden verstärkt durch verschiedene Verträge sowie den von Strauß 1983 eingefädelten Milliardenkredit für die DDR und den Staatsbesuch des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker im September 1987. Innerparteilich war diese Politik, die vom Bemühen um menschliche Erleichterungen und ein geregeltes Miteinander getragen war, nicht unumstritten.

Innenpolitisch hatte die Wirtschafts- und Finanzpolitik mit einer dringend notwendigen Haushaltssanierung oberste Priorität. Die Neuverschuldung konnte erheblich reduziert, die wirtschaftlichen Wachstumsraten von minus 1,1 % (1982) bis 1990 auf 5,5 % gesteigert, die Inflationsrate von 5,2 % (1982) auf 2,7 % gedrückt werden. Staatsquote und Sozialleistungsquote gingen spürbar zurück. Weniger positiv entwickelte sich hingegen das Problem der Arbeitslosigkeit, die im wesentlichen auf strukturellen Ursachen beruhte; sie konnte nur unwesentlich von 7,2 % (1982) auf 6,9 % (1990) verringert werden. Gleichzeitig aber nahm die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 1982 und 1990 um knapp zwei Millionen zu. Die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen der Regierung Kohl hatten also durchaus Erfolge aufzuweisen, wenn sie natürlich auch Zeit brauchten, um längerfristig Wirkung zu zeitigen. Insgesamt hatte sich die Haushalts- und Wirtschaftslage günstig entwickelt, als sich im Herbst 1989 der Kollaps der kommunistischen Regime im Ostblock abzeichnete.

Trotz dieser überaus erfolgreichen Bilanz ihrer Regierungspolitik erlebte die Union bei Wahlen immer wieder Einbrüche. Wahlverluste in den Ländern und das Ergebnis der Bundestagswahl von 1987 mit einem Verlust von 4,5 % führten zu Unruhe und heftigen Diskussionen in der CDU, die vom Wandel der Sozialstruktur der Bevölkerung und der fortschreitenden Auflösung der traditionellen Sozialmilieus nicht verschont blieb. Nichtwähler, Wechselwähler, Verluste bei den bislang treuen Stammwählern und in der jüngeren Generation schürten die Furcht, aufgrund der Lagerbildung von CDU, CSU und FDP auf der einen, SPD und Grünen auf der anderen Seite die „strukturelle Mehrheitsfähigkeit“ zu verlieren. Die einsetzenden Richtungsdiskussionen kulminierten 1989 in zunehmender Kritik und in dem Versuch, den Parteivorsitzenden Kohl zu stürzen. Auf dem Bremer Parteitag (1989) kam es zu einer Bestätigung seiner Posi-

tion und zur Ablösung des Generalsekretärs Heiner Geißler.

Die deutsche Einigung brachte für die CDU die Vereinigung mit der einstigen, seit Dezember 1989 erneuerten, Blockpartei der DDR gleichen Namens (Hamburger Parteitag vom 1./2. Oktober 1990). Beim Zusammenschluß spielte die Verpflichtung durch die gesamtdeutsche Gründungsgeschichte der CDU eine wesentliche Rolle. Die Erinnerung an das politische Bekenntnis wurde wieder wach, das Ende 1947 die Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU auf ihrer letzten gesamtdeutschen Sitzung abgelegt hatte: „Wir sind eigentlich die einzige gesamtdeutsche Partei.“

### *Im Zeichen der deutschen Einheit*

Die deutsche Wiedervereinigung war das vornehmste Ziel der Unionspolitik gewesen, von Adenauer bis Kohl. Als die Union Anfang der 80er Jahre wieder die Regierungsverantwortung übernahm, trat sie bei pragmatischer politischer Hinnahme der „zwei Staaten in Deutschland“ für die „Einheit der deutschen Nation“ ein. Das Zusammenkommen und Zusammenleben der Deutschen schien nur unter dem Dach einer europäischen Friedensordnung möglich. Darauf stellte die Union ihre Deutschlandpolitik ab.

Die Chance zur Einigung kam rascher als erwartet; sie ergab sich aus dem politischen Umbruch, der die Staaten des „Ostblocks“ erfaßte, als sich die Sowjetunion, von den USA im internationalen Wettbewerb der Supermächte besiegt, in äußerster wirtschaftlicher Bedrängnis, auf den Reformkurs der Perestrojka begab und die Zügel ihrer Hegemonie über Ostmittel- und Osteuropa lockerte. Das gab dort überall nationalen und demokratischen Kräften Auftrieb, die in den Aufstandsbewegungen – beginnend mit dem 17. Juni 1953 – mit Gewalt unterdrückt worden waren. Die herrschenden Kommunisten zeigten sich, ihres

Rückhalts beraubt, schwach, unsicher und vor allem bar jeder Legitimität durch das Volk. Als sie zu Reformen bereit waren, in Polen, in Ungarn, gab es kein Halten mehr. Auch die Machthaber in der DDR erwiesen sich, ohne die führende Hand der Sowjetunion, als ohnmächtige Marionetten, die bewegungslos blieben, als das Volk im Namen der Freiheit aufbegehrt.

Damit ging Adenauers Konzeption einer langfristig angelegten Wiedervereinigungspolitik auf, nämlich den deutschen Kernstaat, die Bundesrepublik, in die Lage zu versetzen, die Einheit in Freiheit zu verwirklichen, aufgrund einer sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Integration in die westliche Völkergemeinschaft, einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und eines durch die Soziale Marktwirtschaft errungenen Wohlstands.

Was an den Realitäten des Ost-West-Konflikts zunächst scheiterte, war als Vision Erbgut der Unionspolitik geblieben. Die Union unter Führung Helmut Kohls unterschied sich in der Deutschlandpolitik von anderen Parteien dadurch, daß sie sich am wenigsten weit vom Gedanken der Einheit entfernte und nie bereit war, sich mit der Teilung abzufinden. Auch dies trug dazu bei, daß Helmut Kohl die geschichtliche Chance, die sich bot, „hellsichtig erkannte und beherzt ergriff“. „Das Zehn-Punkte-Programm“, der Vorschlag der baldigen Währungsunion, die Prozedur, die zum Einigungsvertrag führte – dahinter stand jeweils sein antreibender Wille.“ Der Harvard-Politologe Stanley H. Hoffmann sah Kohl „plötzlich vom Geiste Adenauers ergriffen“.

Allerdings lagen in den Schubladen der Regierenden keine Pläne für den „Ernstfall“, es gab kein Muster, an das man sich hätte halten können, es gab keine Vorstellungen über die Schwierigkeiten und Risiken der Einigung. Selbst das Zählbare, das Kalkulierbare, die „Kosten“ entzogen sich jeder Bemessung. Westlich und östlich der innerdeutschen Grenze waren in über vierzig Jahren zwei unter-

schiedliche Welten entstanden. Die Entwicklung in den beiden Teilen Deutschlands war so grundverschieden verlaufen, daß Grad und Ausmaß des Auseinanderlebens unbekannt waren. Nichtsdestoweniger hatte das Gefühl, ein Volk zu sein, seine Kraft behalten. Aus dem Willen zur nationalen Einheit, aus den demokratischen Idealen und der Sehnsucht nach regionaler Verwurzelung erhielt die „friedliche Revolution“ ihre Energien. Das hat Helmut Kohl klar erkannt, und in dieser Erkenntnis hat er gehandelt.

Die Frage war, ob die Union nach den ersten gesamtdeutschen demokratischen Wahlen ihrer bedeutenden Rolle, die sie im europäischen Zusammenhang der Christlichen Demokratie in der Nachkriegspolitik gespielt hat, weiter gerecht werden würde.

Durch die Wiedervereinigung und ihre Folgen ist die Grundstruktur der „Union“ nur wenig verändert worden. Durch die Konstituierung eines gesamtdeutschen CDU-Verbands auf dem Hamburger Parteitag am 1. Oktober 1990 hat das Erscheinungsbild der Partei weder eine andere organisatorische Form noch eine grundlegend andere programmatische Färbung bekommen. Die Berücksichtigung der ostdeutschen Landesverbände in den Führungsgremien der Partei und die gemeinsame Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms (1994) haben wesentlich dazu beigetragen, daß politische Flügelkämpfe und Positionsverschiebungen weitgehend ausgeblieben sind. Dabei hat sich die föderative Struktur der CDU erneut bewährt.

Ein Zusammengehen mit der seit Ende der 40er Jahre gleichgeschalteten CDU der DDR, die durch ihre Verstrickung in den SED-Staat („Blockpartei“) als belastet angesehen wurde, war zunächst umstritten. Denn in den vierzig Jahren DDR-Geschichte war sie vornehmlich als Erfüllungsgehilfin der SED aufgetreten, wenn auch noch geraume Zeit nach ihrer Gleichschaltung Unmut, Unangepaßtheit und kritische Verweigerung an der Parteibasis virulent waren. Auch übertrug sich in den 1980er Jahren

die Unruhe, die die Gesellschaften des gesamten Ostblocks ergriff; der Wunsch nach Veränderung gipfelte im „Weimarer Brief“ vom September 1989. In der Beurteilung der systemkonformen Partei muß zwischen einfachen Mitgliedern, deren Entscheidung für die CDU vielfach auch eine Entscheidung gegen die sozialistische Staatspartei war, und SED-treuen Funktionären unterschieden werden. Doch gelang im Februar 1990, nachdem sich die „Ost-CDU“ personell, organisatorisch und programmatisch erneuert hatte und aus dem „Demokratischen Block“ ausgetreten war, die Gründung eines Wahlbündnisses, „Allianz für Deutschland“ mit CDU, „Demokratischem Aufbruch“ und der „Deutschen Sozialen Union“, das bei der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 mit 48 % der Stimmen (CDU 40,8 %) einen überwältigenden Wahlsieg erzielte (SPD 21,9 %). Ebenso überraschend waren die Wahlerfolge der CDU bei den Kommunal- und Landtagswahlen auf dem Gebiet der DDR; in vier von fünf neuen Ländern konnte die CDU den Ministerpräsidenten stellen. Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl am 2. Dezember 1990, die der Einheit die parlamentarische Repräsentation gab, erhielt die CDU 43,8 % der Stimmen (SPD 33,5 %). Die Wähler in der einstigen DDR honorierten die Politik der Partei, die für den wirtschaftlichen Aufbau, für die Einbindung in die westlichen Demokratien, für eine Politik der Wiedervereinigung und des Antikommunismus stand – kurz: für die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik.

Der Anpassungsprozeß von Ost- und Westpartei stellte allerdings in der Folgezeit die CDU vor große Herausforderungen: Die Auseinandersetzung in der ehemaligen Blockpartei zwischen „Erneuerern“ und jenen, die – in welcher Form auch immer – in das DDR-System verstrickt waren, wurde nicht zuletzt durch erfahrene Politiker aus dem Westen (mit Kurt Biedenkopf, Bernhard Vogel, Jörg Schönbohm) zugunsten der Erneuerer entschieden. Ein entscheidendes Problem der Integration bildeten auch die gravie-



Bundestagswahl 1990

renden Unterschiede der Mitglieder- und Wählerbasis: Zwar sank auch im Westen die Mitgliederzahl bis 2000 auf 570.000 ab (ein Trend, von dem – bis auf die CSU – auch die anderen Parteien nicht verschont blieben), im Osten verringerte sich die Zahl von vorgeblichen 120.000 jedoch um die Hälfte auf 60.000 Mitglieder. Auch der Altersaufbau veränderte sich zu Ungunsten der jüngeren Mitgliedschaft. Und schließlich spielten und spielen nach wie vor die soziostrukturellen Unterschiede eine Rolle: Während im Westen die Katholiken mit 52 % den größten Teil der Wählerschaft der CDU stellen, sind es im Osten mit 51 % die Konfessionslosen; außerdem stellen die Arbeiter im Osten knapp die Hälfte, im Westen jedoch nur ein knappes Viertel der CDU-Wählerschaft. Diese inneren Spannungen einer deutlich unterschiedlichen Klientel waren auszubalancieren und auszugleichen, und hierfür bewährte sich das programmatische Profil, aber auch das föderative System, auf dem die CDU seit ihrer Gründung aufbaut. Mit der Weimarer Erklärung und dem Dresdener Manifest (1991) und vor allem mit dem auf dem Hamburger Parteitag von 1994 verabschiedeten neuen gesamtdeutschen Grundsatzprogramm unterstrich die CDU ihren Anspruch, die Partei der Einheit zu sein, und positionierte sich auf der Grundidee der „verantworteten Freiheit“ für die neue Lage nach dem Umbruch von 1989/90. Dennoch holte der politische Alltag die CDU rasch ein. Die Ergebnisse der Bundestagswahlen 1998 und 2002 lassen ein deutliches Ost/West- und vor allem ein Nord/Süd-Gefälle erkennen, bei dem die Union im Süden, die SPD im Norden und Osten dominiert.

Die Anfänge der deutschen Einheit stellten nicht nur die CDU vor schwierige Probleme. Auch die von ihr geführte Bundesregierung hatte sich auf diese neue Lage einzustellen. Schwerpunkte ihrer Politik in der zweiten Hälfte der Kanzlerschaft von Helmut Kohl waren die Verwirklichung der „inneren Einheit“, der Ausbau der europäischen Integration nach dem Kalten Krieg, innere Reformen ange-

sichts der wachsenden Arbeitslosigkeit und der Berücksichtigung des demographischen Wandels in der Rentenformel, die Sicherung des Wirtschaftsstandorts und nicht zuletzt die Annahme internationaler Verantwortung des wiedervereinigten Deutschlands.

Die Verwirklichung der Einheit erforderte den radikalen Umbau der maroden Strukturen der DDR. Ein erster Schritt war die Währungsunion vom 1. Juli 1990, die von der Übertragung der westdeutschen Systeme der sozialen Sicherung auf die ostdeutschen Länder begleitet wurde. Dies machte erhebliche Finanztransfers in den Osten notwendig, dessen einseitig auf die ehemaligen Ostblockländer ausgerichtete Wirtschaft zusammenbrach, was nicht vorhersehbar war. Mit dem „Solidaritätszuschlag“, dem „Fonds Deutsche Einheit“, dem Gemeinschaftswerk „Aufbau Ost“ (1991) und mit den „Solidarpakten“ I und II versuchte man, die Folgelasten des DDR-Systems zu meistern – mit der Konsequenz, daß die Verschuldung allein des Bundes von 1990 bis 1997 um 75 % auf über 900 Mrd. DM anstieg, was die Erfolge der bis 1989 betriebenen Konsolidierungspolitik zunichte machte.

Für Kohl war von Anfang an klar, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit eingebettet werden müsse in Fortschritte beim europäischen Integrationsprozeß, um die Akzeptanz des neuen, größeren Deutschlands zu erleichtern. Konsequenter beförderte er – im Zusammenwirken mit dem französischen Staatspräsidenten – die Vertiefung der Integration und die Osterweiterung der Europäischen Union (Verträge von Maastricht 1992 und Amsterdam 1997, Beschluß zur Einführung des Euro 1996), um den Prozeß der Europäischen Politischen Union irreversibel zu machen.

Gemischt fällt die Bilanz im Bereich der inneren Reformen aus. Zwar gelangen bedeutsame Reformen, die auch Verfassungsänderungen einschlossen (in der Umweltpolitik, im Bereich der Inneren Sicherheit, auch in der Sozial-

politik, der Familienförderung und im Gesundheitswesen, mit der Einführung der Pflegeversicherung als fünfter Säule der sozialen Sicherung). Doch durchkreuzte ein Teil dieser Gesetzgebungsmaßnahmen den 1982 angestrebten ordnungspolitischen Strategiewechsel, der die Staatsfinanzen konsolidieren und durch mehr Eigenverantwortung und mehr Markt ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum befördern sollte. Andere Reformprojekte, die mit erheblichen Sparmaßnahmen verbunden waren (verminderte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Lockerung des Kündigungsschutzes, erhöhte Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen, Senkung des Rentenniveaus) wie auch eine weitreichende Steuerreform zur Ankurbelung der Wirtschaft trafen auf erhebliche Kritik der SPD-Opposition, die mit ihrer Mehrheit im Bundesrat (nachdem die CDU die Landtagswahl in Niedersachsen 1990 verloren hatte) die Mehrzahl dieser Maßnahmen blockierte. In der Bevölkerung verfestigte sich zunehmend der Eindruck von politischem Stillstand und „Reformstau“, was sich in den Ergebnissen der Landtags- und Bundestagswahlen 1994 niederschlug. Nur mit äußerst knapper Mehrheit konnte Helmut Kohl die bestehende Koalitionsregierung 1994 fortsetzen. Doch war das Vertrauen in die Führungs- und Durchsetzungsfähigkeit des Kanzlers erschüttert. Die schwere Niederlage bei der Bundestagswahl 1998 war überaus deutlich: Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wurde ein Kanzler von den Wählern und nicht durch den Wechsel eines Koalitionspartners aus dem Amt gewählt. CDU und CSU erzielten mit nur 35,1 % der Stimmen das schlechteste Wahlergebnis seit 1949, während die SPD zum zweiten Mal (nach 1972) die stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag stellte.

*Erneut in der Opposition*

Zu den Gründen für die einschneidenden Verluste der Union zählte – neben dem vermeintlichen Reformstau – nicht zuletzt ein Überdruß an der christlich-liberalen Regierung, die 16 Jahre im Amt war. Helmut Kohl verzichtete nach der Niederlage sofort auf das Amt des Parteivorsitzenden. Am 7. November 1998 auf dem 11. Parteitag in Bonn wurde Wolfgang Schäuble, der langjährige Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, zu seinem Nachfolger gewählt. Damit knüpfte die Partei wieder an die Tradition ihrer ersten Oppositionszeit an, die beiden wichtigsten Führungsämter in einer Hand zu vereinen (1969–1973, 1976–1982). Angela Merkel wurde anstelle von Peter Hintze neue Generalsekretärin; Helmut Kohl, der die Partei 25 Jahre geführt hatte, wurde Ehrenvorsitzender. Personelle Veränderungen erfolgten auch in den übrigen wichtigen Partei- und Fraktionsämtern, doch gelang es Schäuble, Kontinuität im Wandel zu wahren und zunächst die Kräfte wieder zu sammeln, bevor programmatische Erneuerungen in Angriff genommen wurden. Erste Reformimpulse erfolgten auf dem 12. Parteitag in Erfurt (25. bis 27. April 1999) mit den „Erfurter Leitsätzen“, in denen der Aufbau einer „schlagkräftigen Struktur der Partei“ wie auch die „inhaltliche Weiterentwicklung“ als Ziele formuliert wurden.

Nicht zuletzt aufgrund des mißglückten Starts der rot-grünen Regierung, der Mitte März 1999 im Rücktritt Oskar Lafontaines von allen Partei- und Regierungsämtern einen Höhepunkt fand, folgte eine rasche Erholung der CDU nach dem Generations- und Führungswechsel und eine erstaunliche Siegesserie: In sieben Landtagswahlen, bei der Europawahl und den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen erreichte sie beträchtliche Gewinne und konnte verlorene Wähler, die ihr im Vorjahr den Rücken gekehrt hatten, wieder zurückgewinnen. Durch die „Aufwertung in der Provinz“ sah sich die Union wieder im Aufwind.

Dieser Zuspruch, der auf wachsende Unzufriedenheit mit der neuen Regierung zurückging, fand sein jähes Ende mit dem „Parteispendenskandal“, der im November 1999 aufbrach und einen gravierenden Verlust an Glaubwürdigkeit bedeutete. Die Partei stürzte in ihre schwerste Krise seit ihrer Gründung. Bei den Untersuchungen stellte sich heraus, daß die Vorschriften des Parteiengesetzes zur Rechnungslegung von der Bundespartei umgangen, „schwarze Kassen“ angelegt worden waren und die hessische CDU Millionenbeträge auf Schweizer Konten deponiert hatte. Schließlich mußte auch Helmut Kohl einräumen, etwa zwei Millionen DM an Barspenden nicht deklariert zu haben. Da Kohl nicht zur Nennung der Spender zu bewegen war, wurde er von Schäuble zum Rücktritt als Ehrenvorsitzender der Partei gedrängt. Doch geriet auch der neue Parteivorsitzende selbst in den Strudel der Affäre und sah sich im Februar 2000 zum Verzicht auf Partei- und Fraktionsvorsitz gezwungen.

Das entstandene Führungsvakuum konnte rasch geschlossen werden. Zum Vorsitzenden der Fraktion wurde Friedrich Merz und auf dem Essener Parteitag im April 2000 Angela Merkel als erste Frau zur Bundesvorsitzenden einer Volkspartei gewählt. Mit diesem neuen Führungsduo war nun endgültig der Generationenwechsel an der Spitze der Partei nach der langen Ära Kohl eingeleitet. Einen Wechsel gab es auch im Sitz der Parteizentrale: Der Standort Bonn wurde aufgegeben und 2001 nach Berlin verlagert. Damit wurde die Konsequenz aus dem Umzug des Parlaments und der Regierung in die Hauptstadt gezogen.

Durch das Nachbeben des Parteispenskandals brach die Kontinuität der Wahlerfolge des Jahres 1999 zunächst abrupt ab, doch bereits bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg im März 2001 hatte sich der Trend wieder gewendet. Bei weiteren Wahlen in Hamburg (2001), Sachsen-Anhalt (2002) und in Niedersachsen (2003) wurde jeweils die Ablösung der SPD und die Regierungsübernahme im



Wolfgang Schäuble und Angela Merkel auf dem Bundesparteitag  
in Bonn, 1998 (ACDP)

Land erreicht; allerdings gelang es nach einem sehr knappen Wahlausgang im Jahr 2002 nicht, auch im Bund wieder den Kanzler zu stellen. Wie 1980, als Franz Josef Strauß gegen Helmut Schmidt angetreten war, war mit Edmund Stoiber der CSU-Vorsitzende gemeinsamer Spitzenkandidat der Unionsparteien. Unmittelbar nach der Bundestagswahl löste Angela Merkel Friedrich Merz in der Führung der CDU/CSU-Fraktion ab und vereinte nach dem Rücktritt Schäubles wieder beide Spitzenpositionen in einer Person.

Unabhängig von den Erfolgen und Rückschlägen der CDU wurde die programmatische Anpassung weiter betrieben mit dem Ziel, den politischen Wechsel im Bund herbeizuführen. Die politische Auseinandersetzung, die im Bundestagswahlkampf von der Frage der Unterstützung der USA in der Irak-Frage dominiert war, verlagerte sich nach der verlorenen Bundestagswahl vor allem auf das Feld der inneren Reformen. Es gelang der Partei, schnell Tritt zu fassen mit der Formulierung eines neuen Familienbildes, von bildungspolitischen Leitsätzen, der Konzeption für einen zukunftssicheren Sozialstaat (Reform von Altersvorsorge und Gesundheitswesen), der Erneuerung der ordnungspolitischen Idee der Sozialen Marktwirtschaft, eines Programms für mehr Wachstum, eines Konzepts zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und nicht zuletzt einer einschneidenden Steuerreform. Die Vorstellung und Verabschiedung der Konzepte einer „Gesundheitsprämie“ und der Möglichkeit, die Steuererklärung auf einem „Bierdeckel“ darzustellen (Friedrich Merz), versetzte die Delegierten des Parteitag von Leipzig (2003) in Aufbruchstimmung.

Bei demoskopischen Umfragen erreichte die Union rund 50 %, doch stieß die Reform euphorie schon bald an ihre Grenzen, wie die durchaus gemischten Wahlergebnisse des Superwahljahres 2004 bei rapide zurückgehender Wahlbeteiligung zeigten: Beim Wahlauftakt in Hamburg im Fe-

bruar erreichte die CDU erstmals in der Geschichte der Stadt die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft. Das Ergebnis der Europawahl im Juni mit einem Verlust von 2,8 % zeigte aber, daß nicht alle Blütenträume reiften. Bei der Landtagswahl in Thüringen verlor die CDU zwar 8 %, konnte jedoch allein weiterregieren. Knapp behaupten konnte sie sich bei den Kommunalwahlen in fünf Ländern. Bei den Landtagswahlen im Saarland gelang im September der Ausbau der absoluten Mehrheit, während in Brandenburg (minus 7,1 %) und in Sachsen (minus 15,8 %) wie auch bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen erhebliche Einbußen zu verzeichnen waren. Wenig tröstlich war bei diesen Ergebnissen der totale Absturz der SPD. Der erhebliche Verlust an Zustimmung zu den großen Parteien, aber auch die dramatisch geringe Wahlbeteiligung sind Ausdruck einer wachsenden Unzufriedenheit und eines weit verbreiteten Mißtrauens in die Kompetenz der politischen Führung. Wie es scheint, unterliegen die Volksparteien einer Auszehrung ihres Wählerpotentials, aber auch ihrer Mitgliederbasis. Nicht nur die Politiker, auch die Politik überhaupt, müssen um ihre Glaubwürdigkeit kämpfen.

Nicht zuletzt beruhte dieser Erosionsprozeß der Stimmung auf einem abrupten Umsteuern der rot-grünen Regierung. Bundeskanzler Gerhard Schröder, der seine knappe Wiederwahl 2002 nur dem Umstand der Flutkatastrophe an der Oder und seiner kompromißlosen Ablehnung des Irakkrieges zu verdanken hatte, hatte erkannt, wenn auch viel zu spät, daß seine „Politik der ruhigen Hand“ ins Leere lief und ein Umsteuern unumgänglich war, um den Sozialstaat erhalten zu können und Deutschlands Abstieg ins Mittelmaß zu stoppen. Mit seiner überraschend initiierten „Agenda 2010“ vom März 2004, deren Ziel es war, wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung zu bewirken, suchte er das Gesetz des Handelns wieder in die Hand zu nehmen. Zwar stieß er damit seine SPD zu-

nächst in ein Umfragetief, doch zielte seine Initiative im Prinzip in eine Richtung, die von der CDU bereits programmatisch vorgezeichnet war: eine freiheitliche Bürgergesellschaft, in der Initiative und Verantwortung, Individualität und Patriotismus als Triebfedern und Bindemittel der Gesellschaft neu belebt werden. Mit seiner „Agenda“ nahm er der Union den demoskopischen Aufwind aus den Segeln, zumal sie sich dieser Initiative nicht verschloß, sondern – anders als die SPD-Opposition in den 1990er Jahren – aus gesamtpolitischer Verantwortung keine Blockadepolitik über ihre Mehrheit im Bundesrat betrieb und die Gesetzesvorhaben aktiv mitzugestalten suchte. So geriet auch sie – wie die Wahlergebnisse des Jahres 2004 dokumentieren – in die Mithaftung und den Widerstand gegen die Gesetzgebung der Regierung (insbesondere Hartz IV), der weit über die SPD hinausgeht und tief in das bürgerliche Lager hineinreicht.

Dazu kam, daß die weitreichenden Vorstellungen der CDU für eine Steuerreform, die ihr viel Lob für die grundsätzliche Linie, aber auch harte Kritik am Detail eintrugen, weil sich der Staat wegen der Finanzlage und der hohen Verschuldung eine Nettoentlastung nicht leisten könne, als nicht finanzierbar betrachtet und nicht weiter offensiv vertreten wurden. Vor allem aber leisteten sich CDU und CSU einen langen Streit um die Gesundheitsreform. Den mühselig gefundenen Kompromiß halten nach Meinungsumfragen nur 13 % der Bevölkerung für ein gutes Konzept, während 53 % ihn nicht gut finden. Auch Differenzen zwischen den Unionsparteien in der Europapolitik wirkten sich belastend aus: Während sich die CDU uneingeschränkt zum EU-Verfassungsvertrag und zur Zustimmung im Bundestag bekennt, gibt es in Teilen der CSU erhebliche Vorbehalte. Und nicht zuletzt in der Frage des EU-Beitritts der Türkei zeigten sich im Unionslager Risse. Hinzu kamen personelle Probleme: Während die Parteivorsitzenden Merkel und Stoiber noch darüber nachdachten,

wie sie ihre Programmvorstellungen dem Wahlvolk erklären könnten, verloren sie Redner und Köpfe: Der Finanzpolitiker Friedrich Merz, der Sozialpolitiker Horst Seehofer, der Sozialexperte Hermann-Josef Arentz und schließlich CDU-Generalsekretär Laurenz Mayer verließen aus unterschiedlichen Gründen die Kommandoebene. Allerdings konnte Angela Merkel mit Volker Kauder als Generalsekretär und Norbert Röttgen als Parlamentarischem Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion neue personelle Akzente setzen.

Es ist nicht zu übersehen, daß die Oppositionsleistung von CDU und CSU durch diese schädlichen Diskussionen in Mitleidenschaft gezogen wurde. Der Mangel an Geschlossenheit, die vom Wahlvolk als Voraussetzung für die Regierungsfähigkeit gesehen wird, wirkte sich auch durch die Auseinandersetzungen in Baden-Württemberg (Nachfolge des Ministerpräsidenten Erwin Teufel) und in Rheinland-Pfalz (Spitzenkandidatur von Christoph Böhr) ungünstig auf die Wechselstimmung aus. Während noch 2003 36 % aller Befragten die Union als einzig wahrnahmen und nur 33 % als zerstritten, empfanden Anfang 2005 63 % die Union als zerstritten, so daß nur noch 34 % der Befragten einen Regierungswechsel in Berlin wollten (Institut für Demoskopie Allensbach 2005). Die Wählerklientel der Union reagiert auf innerparteiliche Zerrissenheit nun einmal äußerst sensibel. Der hohe Zuspruch, den die Union bis in den Herbst des Jahres 2004 erfuhr, basierte in wesentlichen Teilen nicht auf einer festen politischen Bindung. Die Überzeugung aber, die Union vertrete glaubwürdigere Konzepte als die rot-grünen Koalitionen, schlug sich im Erfolg bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im Februar 2005 nieder.

Sollte es der Union also gelingen, die als große Integrationspartei ökonomisch, sozial, konfessionell und kulturell differente oder heterogene Milieus berücksichtigen muß, auf der Grundlage ihrer traditionellen Werte und mit klarer

Identität zur Geschlossenheit zurückzufinden und sich in den für die Wähler so wichtigen Themen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik kompetenter als ihre Konkurrenten zu präsentieren und über ein attraktives personelles Angebot eine überzeugende Alternative zu vertreten, stehen ihre Wahlchancen für die Zukunft nicht schlecht.

Lit.: BECKER, Winfried: CDU und CSU 1945–1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei. Mainz 1987; BÖSCH, Frank: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969. Stuttgart 2001; Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union. Hg. von Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN. Freiburg 2004; Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU, 1945–1995. Hg. von der Hanns-Seidel-Stiftung. Grünwald 1995; HINTZE, Peter (Hg.): Die CDU-Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben. Bonn 1995; In Verantwortung für Deutschland. 50 Jahre CDU. Hg. von Gerd LANGGUTH. Köln 1996; Kleine Geschichte der CDU. Hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Stuttgart 1995; KLEINMANN, Hans-Otto: Geschichte der CDU 1945–1982. Stuttgart 1993; Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Hg. von Winfried BECKER u. a. Paderborn 2002.